

STORMARN

Opferverein kritisiert Ermittlungsverfahren

Matthias Popien 08.09.2012, 06:00 Uhr

"Entsetzen" über Strafanzeige im Missbrauchsskandal. Es gibt aber auch Befürworter

AHRENSBURG. Die einen wollen sich zu dem Thema gar nicht äußern, andere sagen "endlich", noch wieder andere halten das Vorgehen für absurd. Die Nachricht, dass die Staatsanwaltschaft Lübeck gegen die ehemaligen Bischöfe Maria Jepsen und Karl Ludwig Kohlwage sowie gegen die ehemalige Ahrensburger Pröpstin Heide Emse ermittelt, hat ein unterschiedliches Echo in der Schlossstadt hervorgerufen. Hans-Martin Dörmann, Mitglied im Vorstand der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde, sagt: "Ich will das öffentlich nicht kommentieren. Es gibt im Vorstand schon genug Streit darüber, was damals gesagt worden ist und was nicht."

In der Tat geht es in dem Ermittlungsverfahren um die Frage, wer wem was erzählt hat. Heide Emse, die Vorgesetzte des Ahrensburger Pastors Dieter K., soll schon 1999 erfahren haben, dass er Jugendliche missbraucht hat. Emse behauptet, damals das Kirchenamt informiert zu haben. Das Kirchenamt untersteht der Kirchenleitung, zu der Jepsen und Kohlwage gehörten. Haben also die beiden Bischöfe, die Pröpstin und der damalige Personalchef der Kirche, Detlev Nonne, von den Taten des Pastors gewusst - und dennoch nicht die Strafverfolgungsbehörden benachrichtigt? Das wäre dann Strafvereitelung. Das prüft nun die Staatsanwaltschaft.

Ob es am Ende zu einem Gerichtsverfahren kommt, ist noch unklar. Entscheidet sich die Staatsanwaltschaft tatsächlich für eine Anklageerhebung, würde sich erstmals ein ordentliches Gericht mit dem Ahrensburger Missbrauchsskandal befassen.

Renate Kunze, Mitglied im Ahrensburger Kirchenvorstand, begrüßt die Ermittlungen. "Ich finde, dass man dem schon nachgehen sollte", sagt sie. "Es ist notwendig, und es hätte schon viel früher geschehen sollen." Pastor Detlev Paschen, der Vorsitzende des Kirchenvorstands, ist viel zurückhaltender: "Ich habe das zur Kenntnis genommen, möchte es aber nicht kommentieren."

Dass die Staatsanwaltschaft jetzt, zwei Jahre nach Bekanntwerden des Skandals, aktiv geworden ist, geht auf eine Anzeige zweier Kirchenmitglieder aus Großhansdorf zurück: Henning Offen und Dorothee Schencking. "Wir sind sehr glücklich darüber, dass die Staatsanwaltschaft der Sache nachgeht", sagt Schencking. "Wir wollen auch, dass es danach zu einem Gerichtsverfahren kommt. Eine gerichtliche Klärung der Vorwürfe kann dazu beitragen, dass die Kirche Vertrauen zurückgewinnt."

Die Beschuldigten sehen das anders. Heide Emse hat den Kasseler Rechtsanwalt Sven Schoeller mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt. Schoeller sagt: "Der Vorwurf der Strafvereitelung ist weder in tatsächlicher Hinsicht noch in rechtlicher Hinsicht begründet. Wir haben bereits die Einstellung des Verfahrens beantragt." Altbischof Karl Ludwig Kohlwege sagt auf Anfrage, der Vorwurf sei "haltlos und sinnlos".

Anselm Kohn, der Vorsitzende des Vereins Missbrauch in Ahrensburg, bezeichnet das Vorgehen von Henning Offen und Dorothee Schencking als "zerstörerisches Tun". Beide sind ehemalige Mitglieder seines Vereins. "Ich bin schwer entsetzt von dem Schritt der Beiden, weil sie damit gegen den Willen der Opfer verstoßen", so Kohn. "Nun werden die Opfer zu Aussagen gezwungen, die sie eventuell gar nicht machen wollen."

Kirsten Fehrs, Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck, sagt: "Wir waren von dem gestrigen Pressebericht sehr überrascht. Wir haben keine Akteneinsicht und können deshalb keine Bewertung abgeben."